

Lateinamerika und die Finanzmarktkrise

Entgegen verfrühter Prognosen geht die globale Finanzmarktkrise auch an den Ländern des Südens nicht spurlos vorbei. Im Unterschied zum Krisenverlauf in Europa ist die Krise in Lateinamerika allerdings von Anfang an auch als Krise der Realwirtschaft zu betrachten. Dies liegt unter anderem an starken Kursverlusten von Rohstoffen wie Erdöl und Kupfer. Darüber hinaus besteht sowohl auf dem Binnenmarkt als auch in den Exportsektoren ein teilweise sehr heftiger Nachfragerückgang. Der Rückgang der Inlandsnachfrage trifft insb. Länder mit weitreichend privatisierten Sozialversicherungssystemen. Ein Beispiel dafür ist Chile, dessen Altersvorsorgesystem als Erblast der Ära Pinochet sehr spekulationslastig gestaltet ist. Zahlreiche AnlegerInnen beklagen nun Wertverluste ihrer Fonds von bis zu 30 %.

Doch auch im Umgang mit der Krise gibt es einige bemerkenswerte Unterschiede zwischen Lateinamerika und Europa. Im europäischen und nordamerikanischen Weg zur Rettung des Finanzsystems sehen führende ÖkonomInnen Lateinamerikas die nicht legitime Absicht, die Kosten der Krise auf die gesamte Weltbevölkerung umzuverteilen. Die Krise ist den Finanzzentren des globalen Nordens entstanden. Die VerursacherInnen haben nun auch die Kosten für die Schäden zu tragen. Von dieser Denkrichtung sind einige fortschrittliche Maßnahmen geprägt, die in Lateinamerika auf internationaler Ebene diskutiert werden. Im Folgenden sollen diese beispielhaft skizziert werden.

Verstärkung der regionalen Integration

Während die Länder Europas im Umgang mit der Krise eher unkoordiniert agieren sollen in Lateinamerika abgestimmte Maßnahmen umgesetzt werden. Ein wichtiger Kern ist es dabei, bereits geschaffene Handels- und Finanzinstitutionen wie ALBA und die Banco del Sur weiter aufzubauen.

Gerade die Banco del Sur hat von ihrem Konstrukt her das Potenzial, eine Alternative zu IWF und Weltbank zu werden. Im Unterschied zu den letztgenannten vergibt sie Entwicklungskredite ohne damit politische Auflagen zu verbinden, die zu Marktliberalisierungen führen und die betroffenen Volkswirtschaften damit krisenanfälliger machen. Ihre demokratische Strukturierung verhindert eine Politik, die in erster Linie von den Interessen transnationaler Konzerne gesteuert wird und ihre Finanzierung über Einlagen der Mitgliedsstaaten anstatt über internationale Kapitalmärkte macht sie krisenresistenter.

Kein Senken der Sozialausgaben

Die Diskussion in Lateinamerika ist auch vom Gedanken geprägt, dass es in einem solch kritischen Moment vor allem gilt, den Wohlstand der Bevölkerung und die Nachfrage zu schützen. Daher wird in vielen Ländern der Region derzeit bzgl. der staatlichen Ausgaben ein keynesianischer Ansatz verfolgt - nicht nur und nicht in erster Linie in Bezug auf gefährdete Kreditinstitute. Die Sozialausgaben sollen während der Krise mindestens gleich gehalten werden, staatliche Investitionen sollen gezielt dazu eingesetzt werden die Bevölkerung vor den Auswirkungen der Krise zu schützen, also vor Arbeitslosigkeit, Inflation und Wohnungsnot.

Die ÖkonomInnen, die kürzlich zur "Internationalen Konferenz über Wirtschaftspolitik" in Caracas zusammen kamen, empfehlen die Einrichtung eines regionalen Fonds für soziale Notfälle. Damit soll insb. die Ernährungs- und Energiesouveränität gefördert werden und das zunehmende Problem der Auswanderung bekämpft werden. Der Fonds sollte nach den Vorstellungen entweder der Banco del Sur oder der Banco del ALBA angesiedelt werden.

Reformen im Bankensystem

Zwecks der besseren Überwachung des Bankensystems soll es in der Region umfassende, koordinierte Verstaatlichungen und Interventionen im Bankensektor geben. Dabei soll allerdings ein Prinzip zu Grunde liegen, das in Ecuador mittlerweile sogar Verfassungsrang hat: Private Schulden dürfen nicht verstaatlicht werden.

Darüber hinaus sollen die Banken Kraft Gesetzes dazu verpflichtet werden, sämtliche Offshore-Filialen zu schließen, da selbige insb. in Krisenzeiten für enorme Liquiditätsprobleme der nationalen Haushalte sorgen.

Gezielt gefördert werden soll die Einrichtung von Banken, die nicht auf Profit ausgerichtet sind, sondern sich ökologischer und humanitärer Zielgrößen verpflichtet fühlen. Damit soll vor allem auf die lokale Entwicklung positiv Einfluss genommen werden.

Für Banken und andere Finanzkonzerne soll ferner auch eine Auflage in Kraft gesetzt werden, nach derer ein bestimmtes Minimum ihrer Investitionen im Inland erfolgen muss.

Ableitungen Richtung Europa

Dass zahlreiche Länder Lateinamerikas mit sehr progressiven Mitteln auf die Krise reagieren mag vor dem Hintergrund der dortigen Entwicklung in den vergangenen zehn Jahren nicht überraschen. Doch durch die Auswirkungen der Krise ist auch in Europa das kapitalistische Wirtschaftssystem wieder sehr grundsätzlich diskutierbar geworden. Wer sich nun unbefangen damit beschäftigt mit welchen grundlegenden Änderungen das globale Finanzsystem stabiler und krisenresistenter gemacht werden könnte, tut gut daran, auch einen Blick in den globalen Süden in seine Überlegungen einzubeziehen. Wenn auch die Ausgangsvoraussetzungen dort freilich andere sind, so gibt es doch einige Ansätze, die auch hier funktionieren könnten.

Ein Steigern der staatlichen Ausgaben im sozialen Bereich und für Investitionen zur Unterstützung der Realwirtschaft wären auch in Deutschland ein sehr angemessenes Mittel um die Krise so weit wie möglich auf den Kreis ihrer VerursacherInnen zu beschränken. Noch gilt *Konjunkturprogramm* hier als Unwort während eine Art *Elitenkeynesianismus*, der lediglich Rettungsakte gegenüber dem Bankensektor vorsieht bereits eine hohe Hegemonie genießt.

Auch eine Art Sozialfond wäre eine sinnvolle Ergänzung der bisher realisierten und diskutierten Maßnahmen. Gespeist werden könnte dieser u.a. durch eine Sonderabgabe auf Gewinne von Banken, die auf Staatskosten vor dem Konkurs bewahrt wurden. Auch grundsätzliche Besteuerungen von Spekulationserträgen sollten für die Finanzierung des Fonds angedacht werden. Auf der Ausgabenseite sollten in erster Linie Kleinkredite für betroffene Sektoren der Realwirtschaft sowie Maßnahmen der Stärkung der Nachfrage, insb. der Kaufkraft sozial benachteiligter Menschen stehen.

Deutschland wird seinem gesetzliche verankerten Ziel der Preisstabilität derzeit nicht gerecht. Gerade im Bereich der Nahrungsmittel sind in den vergangenen Jahren enorme Preissteigerungen zu konstatieren. Dies trifft arme Menschen besonders hart, da diese den größten Anteil ihres Einkommens für Nahrungsmittel ausgeben müssen. Transferleistungen, z.B. im Rahmen von Hartz IV umfassen keinerlei Komponenten, die einen Ausgleich für Mehrkosten der Betroffenen durch hohe Inflation schafft. Damit werden arme Menschen in der Krise weiter marginalisiert. Um dies einzudämmen, könnte der Sozialfonds genutzt werden.

Auch über die systematische Verstaatlichung von Kreditinstituten sollte hier intensiver nachgedacht werden. Es ist keine Lösung, Banken in Krisenzeiten zu kaufen um sie anschließend wieder zu privatisieren, wie das die englische Regierung praktiziert. Banken, die vom Staat gerettet werden, sollten verstaatlicht werden. Der Staat könnte seinen Einfluss geltend machen um stark risikobehaftete Geschäfte zu verhindern und um Filialen in Offshore-Zentren zu schließen.

Darüber hinaus kommt in der europäischen Debatte die gezielte Förderung von nicht profitorientierten Banken viel zu kurz. Genossenschafts- und Gemeinschaftsbanken ermöglichen es, dass Gelder nicht zur Maximierung der Rendite des jeweiligen Instituts sondern zur Förderung regionaler sozialer und ökologischer Projekte verwendet werden. Das ist in beide Richtungen sinnvoll: Es nimmt den SpekulantInnen Einsatzkapital und damit Macht und es fördert sinnvolle Investitionsprojekte der Realwirtschaft.